

# FREIBERUFLER-TICKER vom 21. September 2018

## 1. Ziele der High-Tech-Strategie

Die Bundesregierung hat in ihrer Unterrichtung ([19/4100](#)) vom 18. September 2018 über die High-Tech-Strategie 2025 der Bundesregierung informiert. Gemeinsam mit den Ländern und der Wirtschaft habe sich die Regierung das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2025 mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Forschung und Entwicklung zu investieren. Die Hightech-Strategie 2025 zeichne sich durch drei große Handlungsfelder aus. Erster Schwerpunkt: Es soll eine Forschung gefördert werden, die auf aktuelle und zukünftige Bedarfe ausgerichtet sei und im Alltag der Menschen ankomme. Zweiter Schwerpunkt seien die Zukunftskompetenzen. Dazu fördere die Bundesregierung Schlüsseltechnologien, die mit ihren breiten Anwendungsmöglichkeiten neue Innovationspotenziale eröffnen und die Wirtschaft im internationalen Wettbewerb stärken sollen. Dritter Schwerpunkt sei die Etablierung einer „offenen Innovations- und Wagniskultur“ durch Stärkung des Transfers, der offenen Innovationsformen, Förderung von Sprunginnovationen, Stärkung des Unternehmergeistes und der Innovationskraft im Mittelstand.

## 2. Weiterbildungsberatung der BA wird gestärkt, Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt

Mit dem Beschluss des [Qualifizierungschancengesetzes](#) hat die Bundesregierung bei ihrer Kabinettsitzung am 19. September 2018 ihre Qualifizierungsoffensive am Arbeitsmarkt auf den Weg gebracht. Beschäftigte, die vom Strukturwandel durch die Digitalisierung betroffen sind, können damit künftig bei der Weiterbildung besser gefördert werden. Die Weiterbildungsberatung bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) wird gestärkt. Für Arbeitnehmer, die häufig nur Beschäftigungen mit kurzer Dauer ausüben, wird der Zugang zum Anspruch auf Arbeitslosengeld erleichtert. Darüber hinaus wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung dauerhaft um 0,4 Prozentpunkte gesenkt und per Verordnung um zusätzliche 0,1 Prozentpunkte befristet bis Ende des Jahres 2022. Ab 1. Januar 2019 liegt der Arbeitslosenversicherungsbeitrag somit bei 2,5 Prozent.

## 3. Ausgezeichnete Ergebnisse der zweiten BQ-Portal-Evaluierung

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) vom 18. September 2018 hat sich das Berufsqualifizierungsportal (BQ-Portal) als hervorragende Unterstützung für Unternehmen bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen erwiesen. Das vom BMWi geförderte BQ-Portal ist das zentrale Informationsangebot zu ausländischen Berufsqualifikationen in Deutschland und ist in diesem Jahr vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) evaluiert worden. Das BQ-Portal bietet Beschreibungen von 87 Berufsbildungssystemen weltweit und über 3.200 ausländische Berufsprofile. In einem internen Bereich für die Anerkennungsstellen sind mehr als 1.300 Prüfergebnisse für einzelne Berufsabschlüsse verfügbar.

## 4. Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben – Trilogverhandlungen können beginnen

In einer [Mitteilung](#) vom 26. April 2017 hat die Europäische Kommission die Bedeutung der Frauen in der europäischen Wirtschaft hervorgehoben und betont, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt bis heute deutlich unterrepräsentiert sind. So sind Frauen aufgrund von Betreuungsaufgaben häufiger teilzeitbeschäftigt und müssen mit Unterbrechungen ihrer beruflichen Laufbahn rechnen, was zum geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefälle beiträgt. Um diese Situation zu verbessern, hat die EU-Kommission am 26. April 2017 eine

[Richtlinie](#) über die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben vorgeschlagen. Das Ziel der Richtlinie ist, der Unterrepräsentation von Frauen im Berufsleben besser zu begegnen, mehr Anreize für Väter zu schaffen, Urlaub aus familiären Gründen zu nehmen sowie die Gleichstellung der Geschlechter und Chancengleichheit zu fördern. Insbesondere soll mit dieser neuen Initiative eine gerechtere Aufteilung von Betreuungs- und Pflegepflichten zwischen Frauen und Männern gefördert werden. In der vergangenen Woche hat das Plenum des [Europäischen Parlamentes](#) den Weg für die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen mit dem [Rat der EU](#) zu ebendieser Richtlinie frei gemacht. Diese werden voraussichtlich noch diesen Monat beginnen.

## 5. Destatis-Statistik zu Beschäftigung in Teilzeit

Wie das [Statistische Bundesamt](#) (Destatis) anlässlich des Tages der berufstätigen Eltern am 16. September 2018 mitgeteilt hat, sind im Jahr 2017 69 Prozent der erwerbstätigen Mütter und sechs Prozent der erwerbstätigen Väter mit minderjährigen Kindern in Deutschland in Teilzeit tätig gewesen. Die Ergebnisse basieren auf dem Mikrozensus, für den jährlich ein Prozent der Haushalte befragt wird. Teilzeitquoten werden für Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren nach dem Konzept der realisierten Erwerbstätigkeit betrachtet, bei der Mütter und Väter in Mutterschutz beziehungsweise Elternzeit zu den Nichterwerbstätigen gezählt werden.

## 6. Weltwirtschaftsforum zur Auswirkung der Künstlichen Intelligenz auf den Arbeitsmarkt

Das Weltwirtschaftsforum hat am 17. September 2018 seine neusten [Erkenntnisse](#) zur Auswirkung der künstlichen Intelligenz auf den Arbeitsmarkt veröffentlicht. Danach werden bis zum Jahr 2025 mehr Aufgaben von Robotern erledigt als von Menschen. Während derzeit nur 29 Prozent der Arbeit von Maschinen und Algorithmen erledigt wird, soll dieser Anteil bis zum Jahr 2025 auf über 50 Prozent wachsen. Entsprechend sei ein wachsender Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften in diesem Bereich zu verzeichnen.

## 7. DIW-Studie zu Arbeitszeitwünschen

Arbeitszeitpräferenzen hängen vom Beschäftigtenstatus ab, nicht vom Geschlecht. Viele Teilzeitbeschäftigte würden gerne mehr arbeiten, viele Vollzeitbeschäftigte lieber weniger. Paare wünschen zunehmend, ihre Arbeitszeiten gleichmäßiger aufzuteilen. Restriktionen bei der Verwirklichung der Wünsche sind größer in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, für gering Qualifizierte, ausländische und ostdeutsche Beschäftigte sowie bei unzureichender Kinderbetreuung. Die tatsächlichen Arbeitszeitmuster sind aber seit 30 Jahren erstaunlich stabil. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse einer [Studie](#) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die am 19. September 2018 veröffentlicht worden sind.

## 8. Unternehmergeist in Schulen analysiert

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat Ende vergangener Woche die Ergebnisse der Studie [„Unternehmergeist in die Schulen – aktuelle Trends und Entwicklungen, Nachhaltigkeit der Projekte, Transparenz und Erfolgsfaktoren“](#) veröffentlicht. Danach wird festgestellt, dass Investitionen in die unternehmerische Bildung in Hinblick auf Gründungsneigung und die Befähigung durch Entwicklung von Schlüsselkompetenzen lohnenswert sind. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern gibt es laut der Autoren in Deutschland keine einheitliche nationale oder regionale Definition und damit einhergehende Strategie. So variiert die konkrete Form der Verankerung unternehmerischer Bildung auch je nach Bundesland; ein Großteil der Bundesländer ist sich jedoch darüber einig, dass die Förderung von Unternehmergeist in Schulen ein politisch relevantes und wichtiges Thema ist. Es existiert eine Vielzahl von Initiativen; sie sind vielfältig in ihrer Ausgestaltung und werden

insbesondere in der gymnasialen Oberstufe durchgeführt. Ihre Zielsetzungen sind sich dabei teils ähnlich. Alle befragten Akteure sehen bei Schülern deutliche positive Effekte durch die Teilnahme an Unternehmergeist-Maßnahmen. In der Umsetzung spielt jedoch auch die Motivation von Lehrkräften und Schülern eine zentrale Rolle. Vorbehalte gegenüber wirtschaftsbezogenen Themen, fehlende Ausstattungen der Schulen und Kapazitäten und teils nicht vorhandene curriculare Verankerung erschweren hingegen die Umsetzung.

## **9. IAB-Prognose sieht weiteren Beschäftigungsaufbau**

Die Arbeitslosigkeit wird im Jahr 2019 voraussichtlich bei durchschnittlich 2,23 Millionen Personen liegen. Das geht aus einer [Prognose](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor, die am 20. September 2018 veröffentlicht worden ist. Das wären rund 120.000 Personen weniger als im Jahresdurchschnitt 2018. Für dieses Jahr erwarten die Forscher einen Rückgang um fast 190.000 Personen auf 2,35 Millionen Arbeitslose. Ein großes Plus erwartet das IAB abermals bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Laut der Prognose werden in diesem Jahr 32,94 Millionen und im kommenden Jahr 33,53 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein. Der Zuwachs von 710.000 im Jahr 2018 und 580.000 im Jahr 2019 liegt deutlich über dem Zuwachs bei der Gesamtzahl der Erwerbstätigen.

## **10. Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2017**

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamts (Destatis) vom Ende vergangener Woche hat die Bevölkerung in Deutschland zum 31. Dezember 2018 bei 82,8 Millionen Menschen gelegen, ein kleiner Zuwachs zum Vorjahr von 0,3 Prozent. Die steigende Einwohnerzahl im Jahr 2017 lässt sich damit erklären, dass 405.000 Personen mehr zugewandert als abgewandert sind. Gleichzeitig sind im Jahr 2017 147.000 Personen mehr gestorben als geboren worden sind. Zum Ende des Jahres 2017 haben 9,7 Millionen ausländische Staatsbürger in Deutschland gelebt (ein Plus von fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr) sowie 73,1 Millionen Deutsche (-0,3 Rückgang gegenüber dem Vorjahr). Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung hat sich somit um 0,5 Prozentpunkte auf 11,7 Prozent im Jahr 2017 erhöht.